

grh Mitteilungen ⁶/₁₉

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Tel./Fax: 030 2978 4225 ★ E-Mail: verein@grh-ev.org

Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten: Dienstag und Donnerstag 09.00 bis 14.00 Uhr

Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB

Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

Fest- und Gedenktage

Während es für Zehntausende Bürger dieses Landes von der Ost- und Nordsee bis zu den Alpen, von Oder und Neiße bis zum Rhein ein inneres Bedürfnis war, am 8. Mai den Tag der Befreiung vom Faschismus und den 9. Mai gemeinsam mit Bürgern Rußlands und anderer ehemaliger Sowjetrepubliken als Tag des Sieges zu begehen, feierte das offizielle Deutschland den 70. Jahrestag des Endes der Berlin-Blockade und den 70. Jahrestag des Grundgesetzes. Wie immer, wenn es um Geschichtsbetrachtungen geht, völlig aus dem historischen Zusammenhang gerissen.

„Kampfauftrag“ bezeichnet Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, einen Beitrag über das Grundgesetz in der Ausgabe der „UZ“ vom 17. Mai 2019

Verteidigung einer Ruine“ so betiteln die Marxistischen Blätter ihr aktuelles Heft mit dem Schwerpunkt 70 Jahre Grundgesetz. Ich denke, das bringt es recht gut auf den Punkt.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland war von Anfang an geplant zur Konstituierung eines Teilstaates, um möglichen sowjetischen Einfluss auf ein geeintes Deutschland zu verhindern. Es war geplant als Grundlage der Westintegration und Stoßrichtung gegen die Sowjetunion. Es war geplant als Absicherung zur Restauration der kapitalistischen Macht- und Besitzverhältnisse. Trotzdem musste Rücksicht genommen werden auf eine

Massenstimmung gegen Militarismus, selbst auf weit verbreiteten Antikapitalismus. Diese Gemengelage führte wohl auch dazu, dass man dem Volk nicht traute - im Unterschied zu vielen anderen Staaten (historisch zum Beispiel auch die DDR) durfte das Volk der Bundesrepublik nie über das Grundgesetz abstimmen. Auch der Parlamentarische Rat, der das Grundgesetz ausarbeitete und schließlich beschloss, war nicht direkt gewählt.

Trotzdem und zu Recht entschieden sich unsere Genossinnen und Genossen dazu, an der Erarbeitung des Grundgesetz teilzunehmen. Legendär und von großem vorausschauenden Realismus ist die Aussage von Max Reimann: „Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

Das begann bekanntlich sehr bald: Ab 1951 wurde die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik betrieben und 1956 vollzogen, 1956 wurde die KPD verboten - die zeitliche Nähe zur Remilitarisierung kam nicht von ungefähr. Ebenfalls 1956 gab es erste Pläne, Notstandsgesetze einzuführen. Eine große Koalition aus CDU und SPD setzte diese 1968 durch. 1972, unter der Regierung von Willy Brandt, wurden die Berufsverbote geschaffen, vorwiegend um die vier Jahre zuvor neu

konstituierte DKP in einen Status der Halblegalität zu drängen.

Die Annexion der DDR wurde, entgegen dem Sprachgebrauch, nicht als Vereinigung nach dem Artikel 146 GG, sondern als Beitritt nach Art. 23 GG vollzogen. Darauf folgten die Beteiligung an Kriegen und die faktische Abschaffung des Asylrechts. Der Antifaschismus des Art 139 des GG wurde niemals konsequent umgesetzt. Die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes, die zum Gebrauch des Eigentums im Interesse des Gemeinwohls verpflichten und die die Möglichkeit zur Vergesellschaftung von „Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln“ beinhalten, wurden von Anfang an in die Vergessenheit gedrängt. Heute fordert der Verfassungsfeind und FDP-Chef Lindner deren Abschaffung. Trotz alledem bleibt es dabei: Verfassungsfragen sind Machtfragen. Das Grundgesetz, so ausgehöhlt es ist, es schreibt den Kapitalismus nicht fest. Auf dem Boden vieler seiner Grundrechte lässt sich kämpfen, auch wenn viele Deformationen, Änderungen, Interpretationen rückgängig zu machen sind.

Agendapolitik, Hochrüstung, Kriegseinsätze, Arbeitslosigkeit, Armut, Katastrophe im Gesundheitswesen, Bildungsnotstand sind Anschläge auf die Würde des Menschen, sind Verfassungsbruch, werden aber aufgrund des Kräfteverhältnisses nicht verfolgt. Der Jahrestag des Grundgesetzes ist ein Kampfauftrag, dies zu ändern.

Und natürlich wollen wir eine Verfassung, die die Grundrechte erweitert. In die Verfassung gehört das Recht auf Arbeit und das Recht auf bezahlbaren Wohnraum, das Recht auf kostenlose Bildung. Der Artikel über die kommunale Selbstverwaltung ist zu ergänzen um die Finanzierungsverpflichtung durch Bund und Länder - natürlich ist die Schuldenbremse zu streichen. Und als Wichtigstes, Krieg, Militarisierung, Hochrüstung sowie die Mitgliedschaft in Aggressionsbündnissen wie der NATO sind zu verbieten - hier lässt sich viel von der neuen Verfassung des

sozialistischen Kuba lernen, die übrigens, im Unterschied zum Grundgesetz, vom Volk beschlossen wurde.

"Wahrhaftigkeit"

Eine Botschaft, die die Bundeskanzlerin in den USA an der Harvard-Universität verkündete. Verkündet in ihrer Rede zur Verleihung der Ehrendoktorwürde Ende Mai 2019. Und weiter, man solle "Lügen nicht Wahrheiten nennen und Wahrheiten nicht Lügen". Wie wahr. Zutreffend für alle Lebensbereiche. Auch für die Politik, die hier gemeint war. Was die Kanzlerin unter großem Beifall verkündete, war leider nur Merkelsche Rhetorik. Wieviele Lügen hat sie nicht alle schon in hoher Verantwortung seit Jahrzehnten mitgetragen und als Wahrheit verkauft, Wahrheit dagegen unterdrückt und verfälscht. Der Irak, die Ukraine, die Krim, Russland, Syrien Venezuela sind nur einige Beispiele der Entstellung von Tatsachen im internationalen Rahmen. In Deutschland selbst grassiert die Lüge als wichtigstes Mittel der Politik. Sie ist verordnet. Eskaliert seit nahezu 30 Jahren. Allein die Mär vom Unrechtsstaat DDR ist in ihrem Lügengehalt nicht zu übertreffen. Hier wird ein ganzes Volk beleidigt und belogen. In dem Glauben, dass die ständige Wiederholung Tatsachen schafft. Und zur "Beweisführung" muss eine verfälschte Erinnerungskultur erhalten. Wie in den sogenannten Gedenkstätten, in Berlin-Hohenschönhausen und anderswo. Wider bessere Erkenntnis werden alte Märchen unverändert weiter erzählt. Und mit Gruselstories Schrecken und Abscheu verbreitet. Opfer sind vor allem Tausende junger Menschen, die schwer zwischen Wahrheit und Lüge unterscheiden können. Aber sie sollen ja immun gegen grundsätzliche Veränderungen des Systems und für Großdeutschlands Kriege reif gemacht werden.

Und da erinnern wir uns wieder der weisen Erkenntnis von Frau Merkel an der Harvard-Universität: "Was festgefügt und

unveränderlich scheint, das kann sich ändern".
Dem ist voll zuzustimmen. (Hans Bauer)

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Juni und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:

zum 90. Geburtstag

Günter Ganßauge, Berlin

Anny Wagner, Berlin

Heinz Schlehuber,, Berlin

Felix Frackowiak, Frankfurt/O.

Ernst Tzscheutschler, Dresden

Karl-Heinz Schmalfuß, Widau

Hans-Joachim Müller, Dresden

Gerhard Elies, Potsdam

zum 85. Geburtstag

Horst Hannaske, Stendal

Wilfried Beyer, Plauen

Annelies Miksch, Berlin

Regina Henk, Annaberg

Gerd Appelt, Dresden

Wolfgang Stodczyk, Berlin

zum 80. Geburtstag

Karl-Heinz Kock, Cottbus

Hans Peplinski, Bestensee

Rolf Möller, Strasburg

Eberhard Thoß, Potsdam

zum 70. Geburtstag

Walter Lieberam, Berlin

Hans-Günter Schleife, Fredersdorf

zum 50. Geburtstag

Torsten Schöwitz, Erfurt

Hände weg von Venezuela!

Am 28. Mai fand in Berlin, im Humboldtsaal der Urania, eine Solidaritätsveranstaltung statt. Aufgerufen hatte das Bündnis „Händeweg von Venezuela!“ mit mehr, als 20 Organisationen und Parteien zu einer Alternativveranstaltung zu der in Berlin stattfindenden Lateinamerika-Konferenz im auswärtigen Amt. Bundesaußenminister Heiko Maas hatte alle Amtskollegen aus

Lateinamerika und der Karibik nach Berlin eingeladen, aber der Außenminister Venezuelas Jorge Arreaza erhielt keine Einladung. Durch diese Haltung unterstützt die Bundesregierung die aggressive Politik, insbesondere der USA, gegen Venezuela.

Als Antwort auf diese unglaubliche Haltung versammelten sich zu dieser Solidaritätsveranstaltung etwa 750 Personen zu einer eindrucksvollen 3 ½ stündigen Manifestation.

Alle Redner verurteilten scharf die Machenschaften der USA und deren Unterstützer. Auch die aggressive Politik der BRD, die den „Selbsternannten Präsidenten“ anerkannte und alle offiziellen Kontakte zur rechtmäßigen Regierung von Venezuela abgebrochen hat, stand in scharfer Kritik. Kämpferisch und optimistisch äußerte sich der stellvertretende Außenminister von Venezuela Yván Gil in seiner Rede. Er analysierte die imperialistische USA-Außenpolitik der letzten 200 Jahre in der Welt und speziell in Lateinamerika. Zur Zeit richten die USA ihre Angriffe aller Art gegen Venezuela. Dabei haben die USA stets Cuba und Nikaragua im Blick. Cuba hat den USA 60 Jahre die Stirn geboten und Venezuela 20 Jahre, so Yván Gil. Seine Siegesgewißheit verband er mit der Bitte um internationale Solidarität mit seinem Land. Es geht nicht um Geldspenden, sondern um Solidarität bei Massenveranstaltungen, daß die Menschen in Venezuela sehen: *Wir sind nicht allein, wir haben Verbündete.*

Übrigens: Das Bündnis „Hände Weg von Venezuela“ hatte den Außenminister Jorge Arreaza nach Berlin eingeladen. Er mußte absagen, weil er in Oslo an Gesprächen beteiligt war, die zwischen der Regierung Venezuelas und der Opposition in Norwegen stattfanden. Er hat von Oslo an die Teilnehmer in Berlin eine Videobotschaft gesandt, die mit viel Beifall aufgenommen wurde.

Warum kann die BRD solche Vermittlerrolle nicht auch übernehmen?

So viel in Kurzfassung zu dieser, mich bewegenden, Solidaritätsveranstaltung.
(Ernst Hornig)

Gedenken an Dr. Richard Sorge in Chemnitz

Anfangs der 90er Jahre wurde die Gedenktafel aus Bronze für Dr. Richard Sorge (1895 -1944) an der Hohe Straße / Kaßbergauffahrt höchstwahrscheinlich wegen ihres Schrottwertes gestohlen. Seither stand der Gedenkstein schmucklos im kleinen Park, der trotzdem vom Grünflächenamt Chemnitz liebevoll gepflegt wird. Aus Anlass des Tages der Befreiung vom Faschismus brachten am 8. Mai 2019 Kameradinnen und Kameraden des Verbandes der Verfolgten des Naziregims - Bund der Antifaschisten Chemnitz (VVN-BdA) eine neue Gedenktafel an. Der Text wurde gegenüber der alten Tafel nicht verändert. Lediglich ein kleiner Nachsatz gibt Auskunft über das vermeintliche Schicksal der Bronzetafel.

In der Broschüre "Gegen das Vergessen" ist vermerkt: "Die politische Tätigkeit von Richard Sorge begann am Ende des 1. Weltkrieges. Sein Wirken war darauf gerichtet, die immer aktiver werdenden Kriegstreiber zu entlarven. In China legte er Vorhaben Tschiang Kai Cheks offen. Bis zu seiner Verhaftung im Jahr 1941 war er in Japan tätig, wo er für den Widerstand arbeitete. Die Verbindung seiner Gruppe "Ramsey" ermöglichte der Sowjetunion, wesentliche Entscheidungen für den Ausgang des 2. Weltkrieges zu treffen. Dr. Richard Sorge wurde am 7. November 1944 hingerichtet. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Tokioter Tama-Friedhof unter einem Granitblock mit der Inschrift: 'Hier ruht ein Held, der sein Leben hingab im Kampf gegen den Krieg, für den Frieden auf der ganzen Welt'. (Jonny Michel)

Eintrittskarten

Für die „Alternative Einheitsfeier 2019" des OKV am 07.10.2019, 10:00 bis 12:00 Uhr, im Bürgerhaus Neuenhagen bei Berlin, sind

ab sofort Karten zum Preis von 5,00 € in der Geschäftsstelle der GRH zu haben. Bitte Karten bestellen oder direkt hier abholen!

Zur Erinnerung: Die Veranstaltung steht in diesem Jahr unter dem Motto „70. Jahrestag der Gründung der DDR, des ersten deutschen Friedesstaates". Es sprechen Dr. Matthias Werner, Dr. Hans Modrow, Anja Mewes und Patrik Köbele. Es wirken mit: Isabel Neuenfeldt und Tino Eisbrenner. Einlaß ist ab 9:00 Uhr. An Infoständen – auch dem der GRH - können Bücher erworben werden, und es liegen Informationsmaterialien zum Mitnehmen aus.

*Ehrendes Gedenken unseren
verstorbenen Mitgliedern*

Horst Nauck aus Berlin
Er verstarb im Dezember 2018
im Alter von 80 Jahren

Gustav Loos aus Berlin
Er verstarb im April 2019
im Alter von 83 Jahren

Roswitha Reichwagen aus Rostock
Sie verstarb am 3. Mai 2019
im Alter von 86 Jahren

Dr. Helmut Reinhold aus Berlin
Er verstarb am 16. Mai 2019
im Alter von 86 Jahren

Klaus Ostermann aus Berlin
Er verstarb am 18. Mai 2019
im Alter von 81 Jahren

*Unser Mitgefühl gilt allen
Hinterbliebenen.*
*Der Vorstand, TAG Rostock,
Treptow/Köpenick, Marzahn*